

F. Parteiinterna an den 13. Landesparteitag

F.20.NEU Ziele und Grundsätze des neuen Finanzkonzeptes

ÄF.20.2. Änderungsantrag zu F.20. NEU (beinhaltet ebenfalls Änderung zu F.37)

EinreicherInnen: Mirko Schultze, Falk Neubert

Änderungsantrag zu den Anträgen F.20.NEU und F.37. an den Landesparteitag DIE LINKE. Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Seite 47-48, Seite 76-80, alle Zeilen der beiden Anträge F.20.NEU und F.37. ersetzen durch:

- 1) Der Landesparteitag beauftragt eine Arbeitsgruppe von 22 Personen mit der Erarbeitung eines Finanzkonzeptes, welches von einer großen Mehrheit der Arbeitsgruppe getragen wird und anschließend in der Partei mehrheitsfähig ist.*
- 2) Der Arbeitsgruppe gehören die Kreis- bzw. Stadtvorsitzenden und der Landesschatzmeister sowie je drei vom Landesvorstand und drei vom Landesrat sowie zwei vom Finanzbeirat benannte VertreterInnen an. Kreis- und Stadtvorsitzende können sich von der / dem jeweiligen Kreisschatzmeister/in vertreten lassen.*
- 3) Das erarbeitete Finanzkonzept soll auf einem Kleinen Parteitag (gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden gemäß §31 Abs. 3 der Landessatzung) beschlossen werden und ab dem 1. Januar 2017 gelten.*

Begründung:

Um die Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit im Landesverband DIE LINKE. Sachsen in den nächsten zehn / fünfzehn Jahren zu sichern, sind strukturelle Veränderungen im Bereich der Finanzen nötig. Dabei sind die Interessenlagen des Landesvorstandes als auch der Kreis- und Stadtverbände gleichermaßen zu berücksichtigen. Tragfähige Finanzgrundsätze können nur aus der Benennung von Interessen, der gegenseitigen Akzeptanz dieser und daraus entstehender Kompromisse entstehen. Daher wird in diesem Antrag eine Arbeitsgruppe vorgeschlagen, die bei großer Mehrheit innerhalb der Arbeitsgruppe auch eine Mehrheit in der Partei ermöglichen kann.

Die Inhalte der bisherigen Anträge F.20.NEU und F.37. sowie die ebenfalls als Begründung dieses Antrages beiliegenden Vorschläge zur Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit (Papier Loos / Neubert / Schultze) sind in der Debatte um das neue Finanzkonzept zu beachten. Für den anstehenden Landesparteitag ist es aktuell jedoch zeitlich und inhaltlich unrealistisch, solch weitreichende Beschlüsse zum Thema Finanzen zu fällen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Organisatorische Vorschläge zur Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit im Landesverband DIE LINKE. Sachsen

Vorbemerkung

In den nächsten Jahren wird sich die Finanzentwicklung unserer Partei weiter rückläufig entwickeln. Insbesondere die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge werden deutlich absinken. Diesbezügliche Analysen liegen vielfältig vor und sollen hier nicht wiederholt werden. Im folgenden sind Ideen zur teilweisen Neusortierung der Finanzen im Landesverband DIE LINKE. Sachsen dargestellt, die mit dem Ziel verbunden sind, als Partei 2025 bzw. 2030 finanziell gut aufgestellt und politisch handlungsfähig zu sein.

Standardisierung von Kosten und Wahlkampffonds

Insbesondere für die Wahlkampfkosten erscheint es zukünftig wichtig, eine Vergleichbarkeit der Ausgaben pro jeweiliger Wahlkampfart zu erreichen und als Untergrenze für Rücklagen der Kreisverbände zu definieren. Eine solche Standardisierung sollte zum einen auf Erfahrungen basieren, zum anderen auf einem politischen Aushandlungsprozess. Das Entscheidende ist, dass diese Mittel konsequent für Wahlkämpfe zurückgelegt werden. Ob dies transparent und unter Kontrolle des Landesvorstandes auf den Konten der Kreisverbände realisiert wird oder zentral auf einem Konto des Landesverbandes, ist eine politische Entscheidung.

Wir tendieren zur Einrichtung eines zentralen Kontos im Land. Wichtig ist, dass diese Mittel wie bisher in eigener Verantwortung der jeweiligen Stadt- und Kreisverbände geplant und ausgegeben werden können. Wichtig ist jedoch gleichfalls, dass wie bereits in den letzten Jahren eine intensive Abstimmung zwischen Landes- und Kreisebene stattfindet, um einerseits Wahlkampagnen in einer gemeinsamen Gesamtstrategie zu ermöglichen und andererseits das Wahlkampfmateriale kostensparend - aber auf hohem Qualitätsniveau - zu produzieren.

Die Höhe der für die Wahlkämpfe eingezahlten Mittel soll der Höhe der ausgezahlten Mittel entsprechen. Ein möglicher Vorschlag wäre die jährliche Rücklage für anstehende Wahlkämpfe in Höhe von 20€ je tausend Einwohner.

Fonds für zentrale Projekte in der Fläche ab 2017

In den letzten Jahren wurden zunehmend Projekte der Partei in den ländlichen Regionen durchgeführt, die zentral organisiert bzw. auch zentral mit Engagierten realisiert wurden. Genannt seien während der Wahlkämpfe die Plakatierungstouren, die Kochtouren oder die zentrale Unterstützung des digitalen Wahlkampfes. Finanziert wurden diese Touren / Projekte bisher aus den Mitteln des Landesvorstandes und im Einzelnen auch anteilig (je nach Nutzung) von den

jeweiligen Kreis- bzw. Stadtverbänden. Da der Landesvorstand zur Realisierung solcher zentralen Projekte für die ländlichen Gebiete in den letzten Jahren in „Vorleistung“ gegangen ist, sollen ab 2017 zwei Prozent der gesamten Mitgliedsbeiträge von den Stadt- und Kreisverbänden an den Landesvorstand abgeführt werden. Mit den Zahlen von 2015 gerechnet wären das etwa 27.000€. Dieser 2%-Fonds bleibt im Haushalt des Landesvorstandes extra ausgewiesen und soll jährlich für die Kreis- und Stadtverbände eine grob gerasterte Abrechnung erfahren.

Regionalgeschäftsstellen ab 2020

Perspektiv sollen in erster Linie die Landtags- bzw. Bundestagsabgeordneten sowie die Kreistagsfraktionen mit ihren Büros Ansprechpartnerinnen für linke Politik in den Regionen sein. Organisatorische Unterstützung für Kreisverbände, Organisation von Veranstaltungen der Kreisverbände, Versendung von Serienbriefen, die Pflege der Mitgliederdatenbank, die ordnungsgemäße Buchführung und andere Dinge der heute in Kreisgeschäftsstellen realisierten organisatorischen Aufgaben sollen (jeweils auf Wunsch der Kreisverbände) sukzessive auf die Regionalgeschäftsstellen übertragen werden.

Ab 2020 werden durch Finanzierung aller Kreis- und Stadtverbände in den drei Regionen Sachsens (analog den Landesdirektionen) jeweils ein Büro mit jeweils einer 20h-Stelle eingerichtet. Diese Büros sollen NICHT in den drei Großstädten angesiedelt sein. Gleichzeitig werden bestehende Kreisgeschäftsstellen nur auf Beschluss des jeweiligen Kreisverbandes geschlossen. Wir gehen hier von einem mittelfristigen Prozess der Reduzierung der Kreisgeschäftsstellen aus.

- Region Chemnitz (Vogtlandkreis, Erzgebirgskreis, Landkreis Zwickau, Chemnitz, Landkreis Mittelsachsen)
- Region Dresden (Landkreis Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Dresden, Landkreis Bautzen, Landkreis Görlitz)
- Region Leipzig (Landkreis Leipzig, Leipzig, Landkreis Nordsachsen)

Gesamtkosten: 104.400€ (Kosten Geschäftsstellen - inklusive Kommunikations- und Sachkosten - 3 Büros * 700€ monatlich * 12 Monate = 25.200€ und Kosten Personal (20h Arbeitgeberbrutto: 2.200€) 3 Stellen * 2.200€ * 12 Monate = 79.200€)

Die Kosten werden von den Stadt- und Kreisverbänden anteilig ihrer Mitgliedsbeiträge finanziert. Jährlich werden die Kosten für die Regionalbüros und Regionalstellen überprüft und ggf. aktualisiert (insbesondere bei Tarifsteigerungen). Die Umrechnung auf die Anteile für die Kreis- und Stadtverbände ist dann ein technischer Akt.

Solidarität zwischen Stadt- und Kreisverbänden

Sowohl der Vorschlag des Fonds für zentrale Projekte in den ländlichen Regionen ab 2017 als auch der Vorschlag der Regionalgeschäftsstellen ab 2020 beinhaltet von seiner Logik her gleichzeitig ein Solidarprinzip zwischen den Stadt- und Kreisverbänden unserer Partei, da die Stadtverbände anteilig Kosten für Strukturen mittragen, die gezielt auf den ländlichen Raum

ausgerichtet sind. Die Solidarität zwischen den Stadt- und Kreisverbände dürfte aufgrund des gegenläufigen positiven Trends der Mitgliederentwicklung unserer Partei in den Großstädten im Gegensatz zu den ländlichen Regionen gerechtfertigt sein. Darüber hinaus existiert mit der prozentualen Heranziehung aus den Mitgliedereinnahmen eine Solidarität zwischen einnahmestarken und einnahmeschwachen Kreisverbänden.

Kürzungen in den Kreis- und Stadtverbänden

Im vorgelegten Modell sind erhebliche Einnahmerückgänge durch Mitgliedseinnahmen und gleichzeitig erhebliche Kürzungen in den Ausgaben der Stadt- und Kreisverbände antizipiert:

- ab 2017 werden 2% höhere Zuflüsse an den Landesvorstand realisiert
- Wahlkampfkosten werden reduziert
- ab 2020 werden durch die Kreis- und Stadtverbände drei Regionalgeschäftsstellen mit jeweils einer halben Stelle über eine Umlage finanziert
- gleichzeitig ist der Erhalt von eigenen Geschäftsstellen kaum noch finanzierbar
- die Mittel für politische Arbeit sinken ab 2020 de facto unter den Mindestbedarf

Neben den in diesem Papier vorgeschlagenen Konsolidierungen für den Landesverband DIE LINKE. Sachsen seitens der Kreis- und Stadtverbände erwarten wir die kritische Überprüfung von Ausgabepositionen weiterer Kostenträger.

Beispielsrechnungen Kreisverband Mittelsachsen:

Durchschnittskosten der Wahlkämpfe (Rechengröße reale Kosten der letzten Jahre)			
	wie oft / auf 5 Jahre	Kreiskosten für Wahl	Summe pro Jahr
Bundestagswahl	1,25	-5.000 €	-6.250 €
Landtagswahl	1	-10.000 €	-10.000 €
Landrats- & BM-Wahl	0,71	-10.000 €	-7.143 €
Kommunal- & EP-Wahl	1	-10.000 €	-10.000 €
Summe gesamt			-33.393 €
Summe pro Jahr			-6.679 €
Standardisierung der jährlich zurückzulegenden Wahlkampfkosten im Verhältnis zu den EinwohnerInnen			
EinwohnerInnen	312.711	-20 €	-6.254 €

Kosten Kreisverband (grob gerastert) - ohne Rücklagen für Wahlen			
		Minimum aktuell	Minimum 2020
politische Arbeit OV		-9.600 €	-9.600 €
Jugendverband		-4.000 €	-4.000 €
politische Arbeit KV		-6.000 €	-6.000 €
Kreisgeschäftsstelle		-6.000 €	0 €
Sonstiges, Zeitung, Aufstockung Wahrücklagen		-6.500 €	0 €
Reserve, Zeitung, Aufstockung Wahrücklagen, ggf. Bürokosten			-3.000 €
Summe		-32.100 €	-22.600 €
Standardisierung der jährlichen Kosten politische Arbeit im Verhältnis zu den EinwohnerInnen (2020)			
EinwohnerInnen	312.711	-70 €	-21.890 €

Anlage 2 - Kreisfinanzen 2020

Kreisverband	Mitgliederzahlen		Mitgliedsbeiträge						Minderung ³
	31.12.15	jährl. Verlust ¹	2020	Ø-Beitrag	Summe 2015	Summe 2020	im Kreis 2015 ²	im Kreis 2020 ²	
Bautzen	602	-8,45%	387	13,9 €	100.447 €	64.552 €	47.210 €	30.339 €	-35,7%
Chemnitz	866	-5,78%	643	14,9 €	155.190 €	115.200 €	72.939 €	54.144 €	-25,8%
Dresden	1135	-3,18%	966	14,1 €	192.600 €	163.911 €	90.522 €	77.038 €	-14,9%
Erzgebirge	680	-6,73%	480	11,3 €	91.811 €	64.800 €	43.151 €	30.456 €	-29,4%
Görlitz	704	-6,10%	514	11,5 €	97.124 €	70.932 €	45.648 €	33.338 €	-27,0%
Leipzig	1250	-4,95%	970	16,5 €	247.022 €	191.711 €	116.100 €	90.104 €	-22,4%
Meißen	401	-5,03%	310	13,2 €	63.730 €	49.253 €	29.953 €	23.149 €	-22,7%
Mittelsachsen	618	-6,15%	450	11,8 €	87.667 €	63.828 €	41.203 €	29.999 €	-27,2%
Nordwestsachsen	388	-7,05%	269	11,3 €	52.611 €	36.476 €	24.727 €	17.144 €	-30,7%
SOE	474	-4,70%	373	11,0 €	62.503 €	49.191 €	29.376 €	23.120 €	-21,3%
Vogtland	395	-6,85%	277	10,2 €	48.213 €	33.805 €	22.660 €	15.888 €	-29,9%
Westsachsen	476	-5,15%	365	10,7 €	61.111 €	46.866 €	28.722 €	22.027 €	-23,3%
Zwickau	691	-4,93%	537	12,1 €	99.879 €	77.650 €	46.943 €	36.496 €	-22,3%

¹⁾ Mittelwert der jeweiligen Jahresverluste von 2011 bis 2015 hochgerechnet bis 2020

²⁾ In den Kreisverbänden verbleibende Mittel (47%) nach Berechnung

³⁾ Beitragsrückgang von 2015 auf 2020

Anlage 3 - Kosten polit. Arbeit, Rücklagen Wahlen und Regional-GSt. 2020

KV	Min. Ausgaben polit. Arbeit je TEW:		70,00 €		im Kreis 45%	notwendiges Minimum polit. Arbeit		Beteiligung Regionalbüros	Überschuss/ Defizit	
	Mitglieder 2020	EW 2015	EW 2020 ¹	Summe		Anteilig	Wahlen			
Bautzen	387	306.570	293.950	64.552 €	6,3%	29.048 €	20.577 €	5.879 €	6.592 €	-3.999 €
Chemnitz	643	243.521	242.511	115.200 €	11,2%	51.840 €	16.976 €	4.850 €	11.765 €	18.249 €
Dresden	966	536.308	564.826	163.911 €	15,9%	73.760 €	39.538 €	11.297 €	16.739 €	6.187 €
Erzgebirge	480	349.582	329.470	64.800 €	6,3%	29.160 €	23.063 €	6.589 €	6.618 €	-7.110 €
Görlitz	514	260.188	247.246	70.932 €	6,9%	31.919 €	17.307 €	4.945 €	7.244 €	2.423 €
Leipzig	970	544.479	586.315	191.711 €	18,6%	86.270 €	41.042 €	11.726 €	19.578 €	13.923 €
Meißen	310	243.745	238.245	49.253 €	4,8%	22.164 €	16.677 €	4.765 €	5.030 €	-4.308 €
Mittelsachsen	450	312.711	298.986	63.828 €	6,2%	28.723 €	20.929 €	5.980 €	6.518 €	-4.704 €
Nordwestsachsen	269	197.042	191.565	36.476 €	3,5%	16.414 €	13.410 €	3.831 €	3.725 €	-4.552 €
SOE	373	245.954	242.913	49.191 €	4,8%	22.136 €	17.004 €	4.858 €	5.024 €	-4.750 €
Vogtland	277	232.390	221.185	33.805 €	3,3%	15.212 €	15.483 €	4.424 €	3.452 €	-8.147 €
Westsachsen	365	257.647	253.210	46.866 €	4,6%	21.090 €	17.725 €	5.064 €	4.786 €	-6.485 €
Zwickau	537	325.137	308.799	77.650 €	7,6%	34.943 €	21.616 €	6.176 €	7.930 €	-779 €
LV	6.541	4.055.274	4.019.221	1.028.175 €	100,0%				105.000 €	

- alle Daten basierend auf Werten von Ende 2015 / Vorausberechnung Bevölkerung nach statistischem Landesamt, Vorausberechnung Mitglieder eigene Berechnung -

¹⁾ Bevölkerungsvorausberechnung stat. Landesamt, Variante 2 („pessimistische“ Variante) April 2016

Mit dieser Rechnung wird der Versuch unternommen, die im Jahr 2020 berechneten / angenommenen Kosten für politische Arbeit, für Rücklagen Wahlkämpfe und für die Beteiligung an den Regionalbüros auf der einen Seite den prognostizierten Mitgliedeinnahmen auf der anderen Seite gegenüberzustellen. Die Standardisierung der angenommenen Kosten für politische Arbeit und für Wahlkampfdruck ist der Anlage 1, die Berechnung der Gesamtkosten für die Regionalstellen ist dem Einführungstext zu entnehmen. Bei fast allen Kreisverbänden ist das Ergebnis dieser Berechnung ein Defizit in 2020. Das hängt zum einen damit zusammen, dass in dieser Rechnung auf der Einnahmeseite die Spenden (aufgrund schlechter Vergleichbarkeit) in den Kreisverbänden völlig ausgeblendet wurden und zum anderen (im Jahr 2020!) auch noch Möglichkeiten der Reduzierung der Ausgaben genutzt werden müssen, die aber in den Kreisen jeweils ganz unterschiedlich entschieden werden können.

Für den Beispielskreis in Anlage 1 könnten für 2020 höchstwahrscheinlich 7.000€ dieses in der Prognose errechneten „Defizits“ ausgeglichen werden, ohne politische Handlungsfähigkeit zu verlieren. Bspw. könnten durch reales Absinken der politischen Aktivitäten der Ortsverbände die Ausgaben für politische Arbeit dieser um 2.000€ (von 9.600€ auf 7.600€) gesenkt werden. Gleichzeitig wäre eine Absenkung der Kosten für politische Arbeit auf Kreisverbandsebene um 2.000€ (von 6.000€ auf 4.000€) und eine Absenkung bei der Arbeit des Jugendverbandes um 1.000€ (von 4.000€ auf 3.000€) realistisch. Zusammen mit 2.000€ Spenden pro Jahr würde man auf die oben benannten 7.000€ kommen. Noch nicht mitgerechnet sind dabei die Mandatsträgerbeiträge der Kommunalabgeordneten, die gezielt für die nächsten Kommunalwahlen zurückgelegt werden, und die jeweils sehr erfolgreichen Spendenaufrufe in Wahljahren.